

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

7.5.1932 (No. 106)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrieder-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatangelegen:
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Postenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Angelegen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrieder-Strasse 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Belieferung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Nachdruck, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

Der französische Präsident ermordet

Der Attentäter ein wahnsinniger Russe
Auf den 77jährigen Präsidenten der französischen Republik, Paul Doumer, wurde am Freitagmorgen, 15.20 Uhr, als er in Paris mit größerem Gefolge eine Buchausstellung der Schriftsteller, die am Krieg teilgenommen hatten, besuchte, von einem geisteskranken Russen namens Gorguloff ein Revolverattentat verübt. Der Präsident wurde durch zwei Schüsse in der Schädelbasis und in der Hüftgegend tödlich verletzt, wobei die Schlagader getroffen wurde. Trotz sofort vorgenommener Bluttransfusion verstarb Präsident Doumer heute, Samstag, morgen 4.40 Uhr im Krankenhaus.

Der Urheber des Attentats, ein 37jähriger Russe namens Gorguloff, ein großer starker Mensch, ist angeblich Mediziner. Er lebte auch längere Zeit in Prag. Er wurde beinahe getötet und dann verhaftet. Man fand bei ihm ein Notizbuch, in dem sein Name stand mit dem Zusatz „Chef der russischen Faschisten, der den Präsidenten der französischen Republik ermordet hat“. Als Begründung seiner Tat machte er würrige Aussagen, u. a., daß Frankreich dem Bolschewismus helfe. (Andere Meldungen geben das Gegenteil als Gründe Gorguloffs an, nämlich die Feindseligkeit Frankreichs gegen die Bolschewisten.) Bei dem Attentat wurden zwei Personen durch verirrte Geschosse leicht verletzt. Im ganzen gab Gorguloff 5 Schüsse ab. Die Frau des Attentäters ist in Monaco verhaftet worden.

Paul Doumer

Paul Doumer ist am 22. März 1857 in Aurillac (Cantal) geboren. Er war von Haus aus Professor und Publizist, wandte sich dann aber der Politik zu und war seit 1888 Deputierter für das Aisne-Departement, in dem er auf Schloß Anizy anständig ist. Seit 1912 ist er Senator für Corsica.

Unter Bourgeois hatte er 1895 bis 1896 erstmals ein Portefeuille, das der Finanzen, inne. Bekannter wurde er später als Generalgouverneur von Indochina. Bei der Wahl zum Präsidenten der Republik am 17. Januar 1906 unterlag er jedoch gegen Fallières. Während des Krieges trat er nicht weiter hervor. In dem sechsten Kabinett Briand (Januar 1921 bis Januar 1922) war er Finanzminister. Als solcher setzte er auf der damaligen Pariser Konferenz der Alliierten die außerordentlich hohen Entschädigungsforderungen an Deutschland durch.

Nach der Verdrängung Loucheurs als Finanzminister aus dem November-Kabinett Briands von 1925 wurde Doumer dessen Nachfolger, doch konnte auch er den Frankensurz nicht aufhalten. Im nächsten Kabinett Briand, vom März 1926, ersetzte ihn Pécet.

Am 14. Januar 1927 wurde Doumer mit 288 von 273 Stimmen zum Präsidenten des Senates gewählt und am 16. Januar 1930 wiedergewählt.

Bei der Präsidentschaftswahl in Versailles am 13. Mai 1931 wurde dann Doumer im zweiten Wahlgang zum Präsidenten der französischen Republik gewählt.

Die politischen Folgen

Zunächst wird der ermordete Präsident durch den Senatspräsidenten Lebrun interimistisch vertreten. Man rechnet auch mit seiner Kandidatur einer alten Tradition entsprechend. Es ist aber damit zu rechnen, daß die Linksparteien ebenfalls einen Kandidaten aufstellen werden.

Senatspräsident Lebrun ist 1871 in Mercy-le-Haut (Lothringen) geboren. Der Senat gehört er seit 1920 an. Er war verschiedene Male Minister. Von Beruf ist er Bergwerksingenieur. Er ist eingeschrieben bei der Republikanischen Vereinigung, also der Fraktion Poincaré-Millierand.

Vorläufige Aufbahrung der Leiche Doumers

W.D. Paris, 7. Mai. (Tel.) Das Ableben des Präsidenten der Republik erfolgte um 4.37 Uhr morgens. Bereits zu Beginn der ersten Morgenstunde hatten die Ärzte die Hoffnung, den Präsidenten noch retten zu können, aufgegeben.

Die sterbliche Hülle ist im Elysée vorläufig aufgebahrt worden, angetan mit dem Großkreuz der Ehrenlegion und mit allen Orden und Ehrenzeichen. Heute vormittag wird die Einbalsamierung erfolgen. Alsdann wird das Publikum die Möglichkeit haben, am Katafalk vorüberzugehen. Die Einzelheiten über die Beisetzung des Staatsoberhauptes werden im Kabinettsrat, der um 11.30 Uhr im Außenministerium stattfindet, festgesetzt werden.

Paris in Trauer

W.D. Paris, 7. Mai. (Tel.) Alle öffentlichen Gebäude, die Botschaften und Gesandtschaften, darunter auch die deutsche Botschaft, haben anlässlich des Ablebens des französischen Staatsoberhauptes die Flagge auf Halbmast gesetzt. Auch zahlreiche Privatgebäude haben Halbmast gesetzt oder Fahnen mit schwarzem Flor ausgehängt.

Seit heute früh stellen die offiziellen Persönlichkeiten, unter ihnen Vizepräsident v. Goeth, dem Präsidentschaftspalais ihren Besuch ab. Kammerpräsident Fernand Bonifon wird im Laufe des Tages eine Unterredung mit Senatspräsident Lebrun über die Einberufung der Nationalversammlung nach Versailles zur Wahl des neuen Präsidenten haben. Das auf folge dürfte die

Letzte Nachrichten

Die Arbeitsbeschaffung

Ein Kreditemmächtigungs-gesetz

W.D. Berlin, 7. Mai. (Priv.-Tel.) Das Reichskabinett hat gestern abend das Anleihegesetz zur Arbeitsbeschaffung verabschiedet. Seine wesentlichste Bestimmung lautet, wie wir hören: „Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, für Siedlungen, Relocationen, Beschäftigung Jugendlicher und sonstige Arbeitsbeschaffung Geldmittel im Wege des Kredits zu beschaffen.“ Das Gesetz soll mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft treten.

Der Reichsrat ist daraufhin sofort telegraphisch einberufen worden und seine Ausschüsse berieten heute mittag das neue Kreditemmächtigungs-gesetz, das nachmittags in einer Voll-sitzung des Reichsrats verabschiedet werden soll. Diese Kreditemmächtigung wird dann zugleich mit dem Schuldentilgungs-gesetz dem Reichstag am Montag als Grundlage für die große politische Aussprache dienen.

Das endgültige Ergebnis der Präsidentschaftswahl

423 Abgeordnete — Die Sozialdemokraten erhalten einen Sitz mehr

W.D. Berlin, 7. Mai. (Tel.) Das endgültige Gesamtergebnis der Wahlen zum Preussischen Landtag liegt nunmehr vor. Danach beträgt die Gesamtzahl der Abgeordneten 423, und zwar sind gewählt worden 350 Abgeordnete direkt, 31 durch Verbindungen in den Wahlkreisverbänden und 42 auf die Landesliste. Eine Änderung in der Zahl der Abgeordneten tritt lediglich bei der SPD ein. Diese hat mit ihren 1475173 Stimmen 94 Sitze erhalten, und zwar 82 direkt, 6 durch Listenverbindungen und 6 durch die Landesliste.

Das Deutsche Museum in München

Die Feier der Vollendung

W.D. München, 7. Mai. (Tel.) In Anwesenheit der hervorragenden Vertreter der deutschen Kultur- und Geisteswelt begeht das Deutsche Museum heute, am 77. Geburtstag seines Schöpfers, die Vollendung seines Werkes, das Ostler v. Millers Lebensinhalt ist und seinem Schaffen ein Denkmal setzt. Gegen 10 Uhr feierte die Auffahrt der Wagen ein, die die Gasse des Museums an seinem Grenz-tage zur Sitzung des Verwaltungsrates bringt, mit der der Festtag des Deutschen Museums eingeleitet wird. Die Sitzung wurde von Prof. Dr. Junkers eröffnet.

Die Bibliothek des Deutschen Museums

Die Eröffnung der neuen Museumsbibliothek erfolgt programmäßig genau zwei Jahre nach dem Richtfest des „Studios“, d. i. des Bibliothek- und Kongressaal-Gebäudes. Der neue Bibliotheksbau ist eine Schöpfung des Münchener Architekten und Akademieprofessors Dr. Herman Bestelmeyer in einfachgedrungenen Formen voll sachlicher Strenge und Monumentalität. Die Bibliothek selbst gehört mit zu den ursprünglichsten Plänen Ostler v. Millers. Der Besucher wird dementsprechend und ganz im Gegensatz zu den gewohnten Bibliotheksbauformen zunächst herangeführt an eine Bücherschau, die dem Laien vorweg Appetit machen soll. Der Besucher stößt dann auf die Handbibliothek, die wiederum ohne weitere Formalitäten zugänglich ist. An die Handbibliothek schließt sich die Nachschlageabteilung mit 3000 Bänden an. Sie enthält alles, was dazu dienen kann, jemandem, der eine bestimmte Auskunft wünscht, behilflich zu sein. Die Besessenen sind durch einen Querbau verbunden, der die in Kartothekform eingerichteten Kataloge (Schlagwortkatalog und Alphabettischer Katalog) enthält. Die Urkunden-, Handschriften- und Porträtsammlung aber überrascht durch sieben einfachgediegene Forscherzimmer mit Blick auf die Ikar; hier können Gelehrte in aller Stille ihrer Spezialarbeit nachgehen unter Anspruchnahme aller üblichen wissenschaftlichen Hilfsmittel. Die Bibliothek des Deutschen Museums umfaßt grundsätzlich nicht nur das Gebiet der Naturwissenschaften und Technik, auch die Grenzgebiete sind berücksichtigt, wie z. B. die Medizin, die Geologie, die Volkswirtschaft, die Finanzwirtschaft. Ein Grenz-platz ist den ältesten technischen und historisch besonders wertvollen Werken eingeräumt.

Die Lage der Sozialversicherung

W.D. Berlin, 7. Mai. (Priv.-Tel.) Nachdem der Unterausschuß des Sozialpolitischen Reichsausschusses gestern seine Beratungen über die Lage der Invalidenversicherung abgeschlossen hat, ohne Vorschläge zu ihrer Sanierung machen zu können, ist nunmehr der Sozialpolitische Ausschuß selbst für Dienstag vormittag einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Petitionen; nach deren Erledigung soll eine allgemeine Aussprache über die notleidende Sozialversicherung aus Anlaß der Anträge der Parteien auf Änderung der sozialpolitischen Bestimmungen der letzten Notverordnung stattfinden.

Einberufung der Nationalversammlung, über die der heute vormittag stattfindende Ministerrat Beschluß fassen wird, zu einem sehr nahen Zeitpunkt erfolgen.

* Zur politischen Lage

Die memelländischen Wahlen

Ein gütiges Geschick hat dafür gesorgt, daß es wenigstens etwas gibt, worüber wir Deutsche uns herzlich und ohne jeden Vorbehalt freuen können; und das sind die memelländischen Wahlen. Wenn man bedenkt, welchen Wahlterror die Litauer ausgeübt haben, und wie strupellos sie durch die rasche Einbürgerung von Litauern die Zahl ihrer Parteianhänger zu vermehren verjuchten, dann muß man sagen, daß das Resultat der Wahl geradezu glänzend gewesen ist. Die deutschen Parteien haben ihre Mandate restlos behauptet, und die Großlitauischen Parteien haben keinen Sitz hinzugegewinnen können.

Das Ergebnis der Wahl hat denn auch in Litauen selbst den stärksten Eindruck gemacht. Wie es heißt, sollen nun die schlimmsten Sünder abgerufen werden. Und ferner wolle man eine Politik der Verständigung mit den deutschen Mehrheitsparteien in Memel einleiten. Ja, es soll sogar die Neigung bestehen, von jetzt an sich mehr an Deutschland anzulehnen.

Wer den Litauer kennt, wird diesen Stimmungsaussagen nicht allzu viel Bedeutung zumessen. Daß das Wahlergebnis Eindruck gemacht hat, läßt sich natürlich nicht bestreiten. Harte Tatsachen sind ja überhaupt das einzige, was der Litauer (und der Pole) anerkennt.

Doch kommt der litauische Wunsch nach guten Beziehungen zu Deutschland, zum mindesten gefühlspolitisch betrachtet, wohl schon zu spät. Denn die Forderung wird mit jedem Tage lauter werden, daß der seinerzeit ver-gewaltigten memelländischen Bevölkerung durch eine Abstimmung das Recht eingeräumt wird, sich selbst ihr Vaterland auszusuchen. Und das wird selbstverständlich Deutschland sein!

Danzig

Der Wahnsinn der Friedensverträge hat schon so viel Unheil angerichtet, daß die Welt allmählich müde geworden ist und die weniger sichtbaren Auswirkungen dieses Wahnsinns kaum noch bemerkt. Es bedarf schon eines sensationellen Anlasses, um die öffentliche Meinung der ganzen Erde aufzurütteln, und ihr das Lächerliche und Gefährliche der Friedensverträge greifbar vor Augen zu rücken. Die Danziger Affäre ist ein solcher Anlaß gewesen.

Wir wollen uns durch Dementis nicht beirren lassen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß Polen einen Handreich gegen Danzig beabsichtigt hat. Von Bericht-erfattern und Reisenden ist in vollkommener Übereinstimmung gemeldet worden, daß in den letzten Wochen im polnischen Korridor eine ganz besonders geheimnisvolle Unruhe herrschte, daß in der Gegend von Dirschau auffallend viele Truppen konzentriert waren, und daß die Polen mit einer ganz ungewöhnlich großen Herbo-sität den Reisenden jeglichen Einblick in diese militärischen Vorgänge verwehrt.

Der Putz war offenbar so gedacht, daß in Danzig irgendein Ausbruch nationaler Empörung provoziert werden sollte — man dachte dabei in erster Linie an Demonstrationen der nationalsozialistischen Sturmabteilungen —, und daß dann unter dem Vorwande der „Aufrechterhaltung der Ordnung“ polnische Truppen, begleitet von polnischen Freischärlern, in Danzig ein-marschiert wären. Die Dinge sind anders verlaufen. Zu Demonstrationen ist es erst gar nicht gekommen. Die Danziger Nationalsozialisten haben sich auf höheren Befehl ganz besonders zurückgehalten. Und so blieb denn Polen nur noch die Möglichkeit, ohne jeden Vorwand, mitten im Frieden den freien Staat Danzig zu überfallen. Wahrscheinlich wäre der polnische Chauvinismus auch dazu bereit gewesen, wenn ihm nicht von maßgebender Seite bedeutet worden wäre, daß Deutschland sich eine solche Vergewaltigung Danzigs nicht gefallen lassen würde, und wenn nicht Frankreich im Augenblick alle Gewaltakte dringend widerraten hätte.

Die rechtswidrige Besetzung Danzigs durch Polen hätte natürlich die Abrüstungskonferenz sofort aufliegen lassen und Europa vor ein Problem gestellt, das in seiner Schwere durchaus mit dem serbischen Problem der Zulage des Jahres 1914 zu vergleichen gewesen wäre. Man hätte Frankreich für die Untat seines polnischen Vasallen verantwortlich gemacht. Zum mindesten die moralische Beurteilung Frankreichs wäre vollkommen gewesen,

Eine solche Entwicklung haben die Pariser Staatsmänner unter allen Umständen vermeiden wollen.

Und was den bisherigen Ausfall der französischen Kammerwahlen anlangt, so haben sie der vorsichtigen Politik dieser Staatsmänner durchaus Recht gegeben. Der erwartete Sieg der nationalistischen Richtung in Frankreich ist am letzten Sonntag ausgeblieben. Und auch von den Stichwahlen nimmt man an, daß sie keine Stärkung der Rechtsparteien in Frankreich, sondern eher eine weitere Stärkung der Mitte und der Linksparteien ergeben werden. (Falls nicht die sinnlose Ermordung des französischen Präsidenten die Aussichten der Rechten verbessert.)

Vielleicht hat man auch in Paris geglaubt, die Tatsache, daß Polen auf französischen Wink hin zur Vernunft zurückgekehrt ist, in Genf als moralisches Druckmittel in Frankreichs Interesse auszunutzen zu können, u. zw. auch Deutschland gegenüber, das man nun wahrscheinlich darauf hinweisen wird, daß die „besonnene Friedensliebe“ Frankreichs nicht nur die ganze Welt vor einer Katastrophe, sondern auch das deutsche Volk vor einer an und für sich wenig erwünschten Handlung militärischer Art bewahrt habe. Wir halten es für ausgeschlossen, daß sich die deutsche Außenpolitik durch derartige Argumente irgendwie beeinflussen lassen wird. Es ist kein Verdienst, sondern lediglich die Erfüllung einer selbstverständlichen Pflicht, wenn jemand, der die Macht dazu hat, den andern zwingt, eine notorische Rücksichtslosigkeit nicht zu begehen. Daß Frankreich Polen gezügelt hat, ist nicht nur für Danzig und Deutschland gut, sondern auch für Polen und Frankreich. Die französischen Interessen sind es gewesen, die den Ausschlag gegeben haben. Frankreich selbst hätte zubielt riskiert und sich in einer verhängnisvollen Weise exponiert, wenn es den polnischen Butsch gebuldet hätte.

Aber, wie gesagt: der Wahnsinn der Friedensverträge ist durch das Ganze wieder einmal grell beleuchtet worden. Die Errichtung des polnischen Korridors ist ein Unfug ersten Ranges. Und es ist die höchste Zeit, daß dieser Unfug beseitigt wird. Natürlich würden dann mehrere hunderttausend Polen wieder deutsche bzw. preussische Staatsbürger werden. Aber man vergesse doch nicht, daß ja auch im polnischen Staat viele Hunderttausende von Deutschen wohnen. Ohne daß nun gleich die Forderung aufgestellt würde, die Gebiete, in denen Deutsche besonders zahlreich vorhanden sind, müßten aus dem polnischen Staatsverband herausgerissen und Deutschland zugeteilt werden. Und das gleiche gilt — nur in noch viel stärkerem Maße — für die Ukrainer.

Eine Lösung des östlichen Territorialproblems wäre sehr wohl möglich, und zwar eine Lösung, die seinerzeit schon von englischer Seite befürwortet worden ist: man gebe Deutschland den polnischen Korridor zurück und vereinige Litauen, unter Einbeziehung des lettischen Litauen, mit Polen. Litauen ist als selbständiger Staat doch nicht lebensfähig, sondern nur eine dauernde Quelle der Unruhmigung für ganz Europa. Litauen hat früher schon jahrhundertlang zu Polen gehört. Und vor allem würde Polen mit dem Besitz Litauens den lange ersehnten Zugang zum Meer, zur Ostsee, erhalten. Wahrscheinlich ist diese Lösung zu vernünftig, um von einer europäischen Diplomatie verwirklicht zu werden, welche die krausen Gedankengänge und die komplizierten Bestimmungen mehr schätzt, als das, was der gesunde Menschenverstand empfiehlt.

Das Schulden- und Reparationsproblem

Die Danziger Angelegenheit hat also den Wahnsinn der Friedensverträge, soweit er sich auf die Territorialbestimmungen im Osten bezieht, von neuem schonungslos enthüllt beleuchtet. Der finanzielle und wirtschaftliche Wahnsinn der Friedensverträge kristallisiert sich im Reparations- und Schuldenproblem. Mit Recht hat der englische Handelsminister Runciman dieser Lage öffentlich erklärt, daß der wirtschaftliche Abstieg und die finanzielle Verwüstung mit dem Tage begonnen hat, als die unfinnigen Reparations- und Schuldenabzahlungen begannen. Die Weltwirtschaft in ihrer Gesamtheit ist durch diese törichten Bestimmungen der Friedensverträge völlig durcheinander gebracht worden.

Es ist erfreulich, daß Runciman aus dieser Erkenntnis vor aller Öffentlichkeit die einzig mögliche Schlussfolgerung gezogen hat, daß nämlich die Reparations- und Schuldenabzahlungen restlos zu verschwinden haben. Es ist sehr bezeichnend, daß Runciman im Gegensatz zu den Auffassungen von Keynes nicht mehr davon spricht, daß man Deutschland immerhin noch etwas zahlen lassen müsse. Der englische Handelsminister weiß offenbar nur zu gut, wie die Lage in Deutschland ist; er weiß, daß Deutschland auch nicht mehr einen Pfennig bezahlen kann, sondern viel eher noch Kredite und sonstige wirtschaftliche Hilfe braucht, wenn es die Finanz- und Wirtschaftskatastrophe von sich abwenden will.

Innere Politik

Auf dem Gebiet der inneren Politik ist insofern eine Entspannung eingetreten, als durch die neue Notverordnung des Reichspräsidenten die kommunistischen Gottlosenorganisationen mit sofortiger Wirkung für das ganze Reichsgebiet aufgelöst, und alle militärisch organisierten, politischen Verbände der Kontrolle des Reichsministers des Innern unterstellt werden. Welche Verbände das sind, ist noch nicht mitgeteilt worden. Die Frage ist nun die, ob die aufgelösten S. A. S. wieder in anderer Form, das heißt also in einer der neuen Not-

verordnung entsprechenden Unterstellung unter den Reichsminister, neu aufgezoogen werden können oder nicht. — Die Genugtuung darüber, daß die kommunistischen Gottlosenorganisationen aufgelöst worden sind, ist allgemein.

Was die Lage der öffentlichen Finanzen und der Wirtschaft anlangt, so hat sich hier leider noch nirgends der Beginn einer wirklichen Besserung zeigen wollen. Und der Rücktritt des Reichswirtschaftsministers Dr. Warmbold ist, von höherer Warte aus gesehen, auch nichts anderes, als ein neuer Beweis dafür, mit welchen ungeheueren Schwierigkeiten hier das Reichskabinett zu kämpfen hat. Die Ansichten über die Methoden, nach denen man der Wirtschaft wieder aufhelfen kann, gingen eben im Kabinett weit auseinander. Herr Warmbold ist dabei mit seinen Auffassungen allein geblieben. Und er hat die Konsequenz daraus gezogen:

Ein festes Programm wirtschafts- und finanzpolitischer Art liegt noch nicht vor. Durch eine Rede des Reichsarbeitsministers Stegerwald sind mancherlei Pläne bekanntgeworden, die jetzt das Reichskabinett beschäftigt. Aber Entscheidungen sind noch nicht getroffen worden. Wahrscheinlich will man auch abwarten, wie sich die Koalitionsverhandlungen in Preußen entwickeln.

Chinesisch-japanischer Waffenstillstand

Abkommen in Schanghai unterzeichnet

Das chinesisch-japanische Waffenstillstandsabkommen ist in Schanghai unterzeichnet worden. Das Abkommen macht den seit Januar im Gebiet von Schanghai bestehenden Feindseligkeiten ein Ende. Die Unterzeichnung erfolgte durch den britischen und französischen Gesandten, ferner durch den chinesischen Hauptdelegierten Kwataichi, der vor einigen Tagen von chinesischen Studenten, die mit den Waffenstillstandsbedingungen unzufrieden waren, überfallen und verletzt worden war, und schließlich durch den bei dem Bombenattentat im Hongkong-Park schwer verletzten japanischen Gesandten Schigemitsu Kwataichi unterzeichnete zusammen mit Schigemitsu im Krankenhaus.

Lloyd George über die internationale Lage

Auf einem Frühstück des Verbandes der Auslandsjournalisten in London hielt Lloyd George eine große Rede, in der er auf die augenblickliche dringende Notlage der Welt einging. Der Redner zog einen Vergleich zwischen der Zeit vor zehn Jahren und heute, und wies darauf hin, daß heute niemand mit gutem Gewissen behaupten könne, die Zeiten seien besser geworden. 20 Millionen Arbeitslose! Länder, die damals wie Felsen standen, wanken. Die internationalen Beziehungen hätten sich nicht gebessert, die Kämpfungen seien heute größer und drohender als vor zehn Jahren. „Ich bitte Sie dringend“, so schloß Lloyd George, „um der Welt willen durch die große Presse, die Sie vertreten, einen Appell an die Nationen der Welt zu richten, darauf zu bestehen, daß wir endlich mit Mut, Entschlossenheit und wenn nötig, mit Kühnheit, die schweren Probleme in Angriff nehmen, vor denen wir stehen.“

Bei der kommenden Völkerversammlung wird Reichsminister Graf Helldorf die deutsche Delegation führen.

Ein Komplott in Spanien. Die spanische Presse veröffentlicht Einzelheiten über ein Komplott gegen Präsident Zamora. Die Verschwörer hatten angeblich beschloffen, Zamora während seines kürzlichen Aufenthalts in Valencia zu ermorden. Auch auf andere Regierungsmitglieder soll ein Anschlag geplant gewesen sein.

Ein Bombenattentat in Ägypten. Auf den Eisenbahnzug, in dem der ägyptische Ministerpräsident, zwei Minister und zahlreiche andere führende Persönlichkeiten saßen, wurde ein Bombenattentat verübt. Von den Insassen des Zuges wurde niemand verletzt. Zwei Streckenwärter wurden getötet und drei schwer verletzt.

Kleine Chronik

„Graf Zeppelin“ ist heute, Samstagfrüh 3 Uhr MEZ, zur Heimfahrt in Fernambuco aufgestiegen.

Der frühere Bergmann Jädel in Jän bei Saarbrücken wurde von seiner 14jährigen Tochter erschossen. Zwischen Jädel und einem verheirateten Sohn war es zu Auseinandersetzungen gekommen, in deren Verlauf Jädel auf den Sohn mit einem Messer eintraf, worauf die 14jährige Tochter ein Jagdgewehr ergriff und dem Vater durch den Hals schoß.

Bei einem Ausflug des Wiesbadener Motorsportklubs am Himmelfahrtstage nach der Lorelei machte der 31 Jahre alte Albert Nadel auf dem Einfassungsgelände hoch oben auf der Platte des Felsens einen Handstand (1). Hierbei verlor er das Gleichgewicht und stürzte 180 Meter tief hinab auf die Landstraße, wo er mit geschmetterten Gliedern tödlich verletzt liegen blieb.

Der Mendant Stienen des Spar- und Darlehenslassenvereins in Groß-Neseln (Westfalen) wurde wegen Unterschlagung von über 100 000 M verhaftet. Die Unterschlagungen erstreckten sich auf mehrere Jahre.

Am Freitag gelangte beim Reitturnier in Rom der Kampf um den Mussolini-Pokal zum Austrag, den Deutschland nach dem Siege im Vorjahre erfolgreich gegen Frankreich und Italien verteidigte. Es siegten die deutschen Offiziere in der Gesamtwertung mit 14% Fehlern gegen Frankreich (20) und Italien (24) Fehler. Die deutschen Reiter müssen den Pokal im kommenden Jahr noch einmal gewinnen, um ihn endgültig in ihren Besitz zu bringen.

In New York ist der mittlere Teil der Cunard-Landungsbrücke infolge eines Riesenbrandes zusammengestürzt. Der Schaden wird auf zwei Millionen Dollar geschätzt.

Umpassung der Vermögenssteuer an die Wertpapiergänge

Für die Vermögenssteuer 1932 wäre an sich noch die Veranlagung nach dem Stand vom 1. Januar 1931 maßgebend. Mit Rücksicht auf die seit dem Stichtage eingetretenen Wertveränderungen sieht bereits die Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dez. 1931 vor, daß diesen Senkungen mit steuerlicher Wirkung vom 1. April 1932 an Rechnung getragen werden solle. Eine entsprechende Maßnahme wird auf dem Gebiete der Erbschaftsteuer und der Grunderwerbsteuer getroffen werden. Damit diese Maßnahmen bereits für die Rate der Vermögenssteuer wirksam werden können, wird der Fälligkeitstermin vom 15. auf den 20. Mai verschoben.

Die neue Preussische Wohnungskreditanstalt

Wird nun als gemeinnützige Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Sitz in Berlin begründet. Sie soll die Hauszinssteuerhypotheken verwalten und außerdem den Kleinwohnungsbaubau durch Gewährung oder Verbürgung zweifelhafter Grundkredites fördern. Insbesondere die Übernahme von Bürgschaften erscheint für die Zukunft als die wesentlichste Aufgabe dieser Anstalt, um möglichst aus allen Quellen derartige Kredite für den Wohnungsbau heranzuziehen. Die Bürgschaft der Wohnungskreditanstalt, hinter der die Haftung des preussischen Staates steht, soll es ermöglichen, sowohl von öffentlich-rechtlichen Realkreditinstituten als auch von Hypothekenbanken, von Sparkassen oder anderen Vermögensträgern, sowie von privater Seite zweite Hypotheken zu erhalten.

Eine Reichsabgabe aller Beschäftigten?

Im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen im Reichskabinett stehen zur Zeit noch die Pläne über die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms. Dabei soll auch der Gedanke einer Reichsabgabe aller Beschäftigten eine Rolle spielen, und zwar von der Erwägung ausgehend, daß nur mit Hilfe einer solchen Sonderabgabe unter gleichzeitiger Entlastung der Staats- und Länder- und Gemeinden der Fehlbetrag in der Arbeitslosenversicherung gedeckt werden könne. Wenn diese Reichsabgabe in irgendeiner Form vom Kabinett beschloffen werden sollte, so würde man hier wahrscheinlich den Weg der Notverordnung wählen, um sie in Kraft zu setzen.

Mißtrauensanträge gegen das Reichskabinett. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat zur bevorstehenden politischen Aussprache im Reichstag einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Brüning eingebracht, ferner besondere Mißtrauensanträge gegen die Minister Groener und Stegerwald. Die Reichsparteien haben bisher noch keine Entscheidung über die Einbringung von Mißtrauensanträgen getroffen. Das wird voraussichtlich erst in den Fraktionen, die am Montag zusammenzutreten, geschehen.

Keine Zwangsanleihe. In der Öffentlichkeit werden Mitteilungen verbreitet, nach denen die Reichsregierung zur Deckung von Fehlbeträgen eine Zwangsanleihe oder eine Vermögensabgabe plant. Diese Nachrichten sind unrichtig und entbehren jeder Grundlage.

Der Rückgang der Steuererträge. Vom 1. April 1931 bis 31. März 1932 hat das Reich an Steuern und Zöllen insgesamt 7787 Millionen Reichsmark erhalten gegenüber 9025 Millionen im Rechnungsjahr 1930.

Der neue württembergische Landtag ist auf Dienstag, den 10. Mai, vier Uhr nachmittags, zu seiner ersten Sitzung einberufen worden, um den Vorstand des Landtags zu wählen.

Badischer Teil

Die Zentrumsabgeordneten Dr. Söhr, Diez und Dr. Kaufmann gegen den „Führer“

Fünf Monate Gefängnis für Redakteur Dr. Wader

Das Schöffengericht Karlsruhe unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsdirektors Straub verhandelte heute, Samstag, vormittag in fünftägiger Verhandlung gegen den verantwortlichen Schriftleiter des nationalsozialistischen „Führer“ wegen Beleidigung der Reichstags- und Landtagsabgeordneten Dr. Söhr, Diez und Dr. Kaufmann. Das Gericht kam zu der Beurteilung des angeklagten verantwortlichen Redakteurs Dr. Otto Wader zu fünf Monaten Gefängnis. Außerdem wurde auf Publikationsbeschluss im „Führer“, „Der Alemanne“, „Völkischer Beobachter“ und „Badischer Beobachter“ erkannt.

Der Hintergrund der öffentlichen Anklage bildete ein Artikel des „Führer“ vom 16. März d. J., in dem davon die Rede war, daß in Singen a. S. im Januar unter Teilnahme der genannten Abgeordneten, eine Besprechung von Zentrumskreisen stattgefunden hätte, in der über hochverräterische separatistische Zukunftspläne im Süden des Reichs im Falle der Reichsregierung Hitler gesprochen worden sei. Die als Zeugen erschienenen Abgeordneten erklärten unter Eid, daß sie niemals, weder an einer derartigen Besprechung teilgenommen, noch je derartigen Gedankengängen nachgegangen seien. Das ganze Verfahren ist zurückzuführen auf das Geschwäß von zwei Tauchinger Bürgern.

Das Gericht erklärte, daß der Wahrheitsbeweis mißlungen sei, daß man zu der Strafe von 5 Monaten auch gekommen wäre, wenn der Paragraf der Notverordnung vom 8. Dez. 1931, der den verstärkten Ehrenschutz behandelt, nicht angewendet worden wäre, weil die zugefügte Beleidigung eine der ungeheuerlichsten sei, die man gegenüber Persönlichkeiten, die im öffentlichen Leben stehen, ausprechen könne.

Serienzugskonferenz

In der Zeit vom 3. bis 6. Mai fand wie üblich in Baden-Baden die Ferienübergangskonferenz statt. Es war die 50. Konferenz, die als Jubiläumssitzung bei ihrer Eröffnung auf einem Rückblick Veranlassung gab, der erkennen ließ, daß bereits im Jahre 1880 die erste Konferenz dieser Art war. Unter Leitung des Reichsbahndirektionspräsidenten der geschäftsführenden Reichsbahndirektion Frankfurt (Main), Herrn Dr. Moser, wurde eine Reihe von wichtigen Beschlüssen gefaßt, die zum Teil durch die Neueinführung der Sommerurlaubskarten bedingt waren und mit Rücksicht auf die dadurch zweifellos erfolgende Verteilung des Urlaubsverkehres auf einen längeren Zeitraum zu einer gewissen Einschränkung der Zahl der Züge führten. Trotzdem hat sich an der in allen Kreisen beliebten Ferienübergangskonferenz nichts geändert. Die rege Benutzung der Ferienübergangszüge mit ihren erheblichen Vorteilen wird deshalb auch in diesem Jahre erwartet.

Trinken Sie für Ihre Nieren mal
Überkinger Adelheidquelle
Die Wirkung wird Sie überraschen. Sie bekommen sie überall. Den Interessanten Prospekt mit präparierten ärztlichen Gutachten schickt Ihnen kostenlos die
Mineralbrunnen A.-G. Bad Überkingen
Gen.-Vortr.: Bahm & Bassler, Mineralbr.-Vertrieb, Karlsruhe, Zirkel 30, Telefon 255.



Vereinsbank Karlsruhe e.G.m.b.H.
 Geschäftshaus:
Kreuzstraße 1
 Telefon 6227-29

Bank und Sparkasse
 844
 Älteste Handwerker- und Mittelstandsbank am Platze

Spezial-Angebot für den Herrn

Herrn-Sporthemd mit fest. Kragen und Binder, hübsche ged. Farben 4,50 3,75 **2,75**

Herr: e 1-Oberhemd farbig mit 1 Kragen, mod. Muster . . . 7,50 5,50 **4,50**

Herrn-Oberhemd f. a. weiß Popel. durchgemustert 6,75 4,75 **3,50**

Herrn-Einsatzhemden nur beste Qualitäten . . . 3,50 2,50 1,25 **-,95**

Herrn-Unterhosen echt ägyptisch Mako 2,50 1,95 **1,25**

Selbstbinder 2,75 1,95 1,25 **-,85**

Herrnkragen gestärkt und halbst. von **45** an

Sport-Anzug 2teilig, engl. gemustert, in nur guter Verarbeitung . . . 45,- 35,- **28,50**

Knickerbocker die beliebte Sport-hose in mod. gemusterten Stoffen 10,- 7,50 **4,75**

Flanell-Hosen hübsche graue und beige Töne 18,50 16,50 14,50 **12,50**

Lüster-Joppen 19,- 16,50 13,50 **8,50**

CARL SCHÖPF
 MARKTPLATZ L. 550

KURMARK CIGARETTEN

Sehen Sie sich bitte den **KURMARK-FILM** an:

Endlich mal was Neues!

Er läuft in allen Lichtspiel-Theatern

Badisches Landestheater

Sonntag, den 8. Mai 1932
 Nachmittags
 Zu kleinen Preisen

Im weißen Rössl
 Singspiel von Benatzky
 Dirigent: Schwarz
 Spielleitung: Herz
 Mitwirkende:
 Weixam, Genter, Geiberlich, Seiling, Müllich, Brand, Ernst, Gemmede, J. Größinger, Höder, Kalnbach, Koeble, Luther, Mehner, R. Müller, Krüger, Höfner, G. Größinger, Jung, Kilian, Kleinbusch, Lindemann, Meyer, H. Müller, Nagel, Sonntag, Schmitt

Anfang 15 Ende 18
 Preise B (0,70-1,20 RM)

Abends
 *C 26. Th.-Gem. III. S.-Gr., 2. Hälfte

Rigoletto
 Oper von Verdi
 Dirigent: Krips
 Spielleitung: Bruschka
 Mitwirkende:
 Effelsgröth, Haberborn, Fischbach, Winter, J. Größinger, Kalnbach, Rentwig, Hofpach, Derner, Schoepflin, Schuster, Kilian

Anfang 20 Ende 22 1/2
 Preise E (1-6,30 RM)

C. 27. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma Josef Eitinger, Schuhhandlung in Karlsruhe, Kaiserstraße 48, wurde heute vormittag 11 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Vertrauensperson ist: Dr. Willi Mülster i. Pa. Treuhand- und Revisionsgesellschaft Dr. Walter Staat G.m.b.H. in Karlsruhe, Kaiserstr. 124. Vergleichstermin ist am Freitag, den 27. Mai 1932, nachmittags 4 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestraße 8, 1. Stock, Zimmer Nr. 40. Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens nebst Anlagen sowie das Ergebnis der weiteren Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Karlsruhe, den 3. Mai 1932. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9.

Erklärung.

Gegen die in verschiedenen hiesigen Zeitungen gegen uns und unsere Firma erhobenen Vorwürfe müssen wir uns auf das Entschiedenste verwahren. Eine Leibesvisitation fand zwar statt, und wir wissen, daß dies in derartigen Betrieben an der Tagesordnung ist.

Wir mußten uns niemals nackt ausziehen, sondern lediglich unsere Oberkleider ablegen, und zwar die Damen nur vor Damen und die Herren nur vor Herren.

Außerdem sind seit dem 1. Mai 1932 95% von uns fest angestellt mit tariflichem Gehalt. Unsere Arbeitszeit ist genau die gesetzlich vorgeschriebene, von morgens 8 Uhr bis abends 19 Uhr unter Einhaltung einer 2stündigen Mittagspause und einer 1/2stündigen Vesperpause. Es ist zwar anlässlich der Eröffnung vorgelommen, daß wir Überstunden machen, die jedoch freiwillig von uns geleistet wurden. Diese Überstunden wurden auf unseren ausdrücklichen Wunsch zu dem uns zutreffenden Urlaub zugerechnet.

Wir haben nicht mehr Arbeit zu leisten, als in jedem anderen derartigen Geschäft auch geleistet wird, und wir können uns über unsere Geschäftsleitung in keiner Weise beklagen.

Die gegen uns und unsere Firma erhobenen Vorwürfe müssen wir in schärfster Form zurückweisen, denn wir können nicht zulassen, daß man unsere Ehre derartig in den Schmutz zieht. Diese Fellen stammen aus einem freiwilligen Entschluß des Personals und haben mit der Geschäftsleitung nicht das Geringste zu tun. R. 853

Das gesamte Personal der „Erwege“ Einheitspreis GmbH.

Güldenwälder Baugeverks-Berufsgenossenschaft
 Sektion II Karlsruhe
 Einladung
 Gemäß § 23 der Satzung werden die Mitglieder der Sektion II hierdurch zur **48. Sektionsversammlung** auf **Mittwoch, den 26. Mai 1932, nachmittags 2 Uhr**, im Rathhausaal in Hornberg eingeladen.
 Der Sektionsvorstand:
 Ferd. Doldt, Vorsitzender.

Badische Kommunale Landesbank
 — Girozentrale —
 Öffentliche Bank- und Pfandbriefanstalt
 — Mündelsicher —
 Mannheim Karlsruhe Freiburg
 Besorgung aller bankmäßigen Geschäfte
 Ausgabe von Goldhypothen - Pfandbriefen und Kommunal-Gold-Anleihen
 L. 346

Bad. Lichtspiele - Konzerthaus

Ab heute jeweils 5 und 7.30 Uhr
 Sonntag 3 Uhr, 5.30 Uhr u. 8.30 Uhr

Unser erster Tonfilm!
 Erstaufführung

Im Banne der Berge

Ein herrlicher Film aus den bayr. Alpen
 Im Vorprogramm: Aktuelle Wochenschau
 Interessanter Beifilm
 Musikeinlage, ausgeführt v. großen Hausorchester
 Jugend zugelassen L. 852

KARL THOME & CO. MÖBELHAUS
 Karlsruhe, Herrenstraße 23
 Elegante, rassige Modelle! • Gute haltbare Ware! • Sehr billige Preise! • Riesengroße Auswahl!
 L. 845

C. 26. Karlsruhe. Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Richard Schönfeld, Schuhwaren in Karlsruhe, wurde nach Bestätigung des Vergleichs aufgehoben. Karlsruhe, den 3. Mai 1932. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 7.

PORPHYRWERK DOSSENHEIM
 HANS VARTER
 DOSSENHEIM i. B.
 Lieferant für alle Bedürfnisse
STRASSENBAU-MATERIAL

Interieren bringt Gewinn

Städtische (Öffentl.) Sparkasse Baden-Baden

Bilanz auf 31. Dezember 1931

Vermögen		Verbindlichkeiten	
	RM		RM
1. Kasse	22 214,94	1. Einlagen	
2. C. haben in laufender Rechnung:		a) auf Sparkonten	11 233 134,94
a) bei Banken und dem Postfiskusamt	46 983,50	b) auf Girokonten	606 735,61
b) bei Privaten usw.	1 160 815,21	c) in laufend. Rechnung	54 110,05
3. Wechsel	49 682,70	2. Anlehenskapitalien	442 754,14
4. Eigene Wertpapiere	919 638,54	3. Ausgabeverbindlichkeiten	13 889,47
5. Betriebskapital bei der Girozentrale	270 200,—	4. Gesetzliche Rücklage	467 612,02
6. Darlehen		5. Reingewinn	30 533,52
a) geg. hypoth. Sicherheit	8 924 862,23	Abale	39 100,—
b) auf Schuldschein	315 653,87		
c) gegen Lombard	24 795,55		
d) an Gemeinden	49 700,—		
7. Einnahmerückstände	447 426,30		
8. Verwaltungsgebäude	1,—		
9. Sonstige Gebäude	592 209,91		
10. Einrichtung	10 079,—		
11. Maschinen	4 507,—		
Abale	39 100,—		
	12 838 760,75		12 838 760,75

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 3% aus 11 883 980,60 RM Einlagen = 950 718,45 RM
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1931 498 145,54 RM
 Somit weniger 452 572,91 RM

Baden-Baden, den 7. April 1932. R. 941
 Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: J. B. Dr. Potyka, Bürgermeister.
 Der Geschäftsführer: Fritsch, Direktor.

Öffentliche Sparkasse Odenheim

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen		Verbindlichkeiten	
	RM		RM
1. Kassenbestand	9 454,46	1. Spareinlagen	334 578,59
2. Guthaben bei Girozentralen und Postfiskusamt	23 687,52	2. Aufw. Spareinlagen	225 755,57
3. Wechsel	12 868,87	3. Giroeinlagen	12 349,50
4. Kontoforrentkredite	76 494,26	4. Kontoforrenteinlagen	7 080,46
5. Darlehen auf Hypothek	115 190,96	5. Reservefonds	20 135,01
6. Grundstückskaufgelder	540,—		
7. Darlehen a. Schuldschein	55 862,66		
8. Giroüberziehungen	187,95		
9. Einnahmerückstände	10 153,79		
10. Sonstige Vorstüsse	130,25		
11. Grundstücke u. Gebäude	30 800,—		
12. Einlage beim Verband	5 700,—		
13. Aufwertungsforderung	135 278,55		
14. Aufwertungsabrechnungskonto	54 742,40		
15. Veräuflichkeiten	828,—		
16. Forderung an bürgende Gemeinde	67 979,46		
	599 899,13		599 899,13

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 5% aus 354 008,55 RM Einlagen 17 700,42 RM
 Auf Ende des Vorjahres betrug die gesetzliche Rücklage 20 135,01 RM
 ab Forderung an die bürgende Gemeinde 67 979,46 RM 47 844,45 RM
 Somit weniger 66 544,87 RM

Odenheim, 5. Februar 1932. R. 926
 Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Vogel, Bürgermeister.
 Der Geschäftsführer: Selming, Rechner.